

8.5.2008

Europäische Kommission eröffnet Antidumpingverfahren gegen Walzdrahtimporte

Die Europäische Kommission hat heute ein Antidumpingverfahren gegen Walzdrahtimporte aus China, der Türkei und Moldau offiziell eröffnet. Die Einleitung der Untersuchungen beruht auf einer Klage von Eurofer, die der Dachverband der europäischen Stahlproduzenten im März dieses Jahres eingereicht hatte. Dem Dumpingvorwurf von Eurofer war ein massiver Importanstieg aus den beklagten Ländern vorausgegangen. Nach 800.000 Tonnen im Jahre 2005 setzten sie 2006 1,5 Millionen Tonnen und 2007 2,4 Millionen Tonnen an Walzdraht auf dem EU-Markt ab. „Die Verfahrenseröffnung zeigt, dass Eurofer genügend Beweise für eine Schädigung der europäischen Walzdrahtproduzenten durch unfaire Handelspraktiken zusammentragen konnte. Anders sind die immensen Steigerungsraten und die damit einhergehenden Marktanteilsgewinne nicht erklärbar“, kommentiert Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl und Vorsitzender des Stahlinstituts VDEh.

Nach feuerveredelten Blechen aus China und nichtrostenden kaltgewalzten Blechen aus China, Südkorea und Taiwan handelt es sich um das dritte Antidumpingverfahren, das die Europäische Kommission im Stahlbereich jüngst in die Wege leitete. Nach europäischem Recht hat sie höchstens neun Monate seit Verfahrenseröffnung Zeit, über vorläufige Maßnahmen - z.B. in Form von Antidumpingzöllen - zu entscheiden, kann diese aber auch wesentlich früher in Kraft setzen.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 100 Unternehmen und rund 92.000 Mitarbeiter.

Rückfragen: Beate Brüninghaus Fon + 49(0)211 6707-115 oder 116
beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de